



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Die politische Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die politische Lage



Das deutsche Volk steht unter dem Eindruck großer Ereignisse. Durch die Nation geht es wie Aufatmen nach schwerem Druck, und frische Winde künden den Morgen. Drei Erscheinungen im politischen Leben sind es, die zu unsrer hoffnungsvollen Stimmung berechtigen: die Erfolge in der auswärtigen Politik, die Berufung der Immediatkommission zur Reform der preussischen Verwaltung und die Gründung des Hansabundes. Keine der drei Erscheinungen ist in ihrem Wert nach Pfunden oder Ellen zu bemessen. Ihr Hauptwert ist ethischer Natur und besteht vor allen Dingen darin, daß die alten stagnierenden Verhältnisse durch sie einmal aufgerüttelt werden — den starken Kräften zur Stärkung, den schwachen zum Untergang.

Wir wollen unsre Betrachtung mit dem zeitlich jüngsten Ereignis beginnen, mit der Gründung des Hansabundes. Der Hansabund ist oder soll sein eine Vereinigung aller städtischen Gewerbetreibenden angefangen vom Präsidenten des Kohlenyndikats bis hinab zum Kommiss eines Kramladens. Der äußere und zugleich letzte Anlaß zu seinem Zusammentritt ist die Furcht vor dem materiellen Schaden, den die im Bund der Landwirte organisierten Großgrundbesitzer durch ihre Steuerpolitik allen Gewerben zufügen könnten. Der innere und somit stärkere, elementare Grund für sein Entstehn liegt aber in der beim Bürgertum erwachten Erkenntnis, sich im Interesse des ganzen Vaterlandes stärker im politischen Leben der Nation betätigen zu müssen als bisher. Die heutigen auf dem Parlament beruhenden Parteibildungen haben sich dafür nicht mehr als ausreichend erwiesen. Der Hansabund hat mit dem Bund der Landwirte das Gemeinsame, daß beide auf demokratischer Grundlage beruhen. Beide Organisationen sind in dieser Beziehung Früchte der sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung. Aber während im Bund der Landwirte ausschließlich materielle Interessen maßgebend sind, denen alle andern mit der größten Rücksichtslosigkeit untergeordnet werden, stehen im Hansabunde einstweilen ideelle im Vordergrund. Daneben haben beide Organisationen das Gemeinsame, daß sie wirtschaftlich und politisch die heterogensten Elemente

zusammenzufassen suchen. Beim Bunde der Landwirte handelt es sich vorwiegend um Groß- und Kleinunternehmer, beim Hansabund tritt neben die Unternehmer noch das Heer der Angestellten, „der Proletarier im schwarzen Rock“. Daraus muß sich der politisch bedeutsamste Unterschied zwischen den beiden Organisationen entwickeln. Bei den Landwirten können die konservativen Elemente älterer Prägung die Führung haben, bei den Hansaleuten muß neu-demokratischer, das heißt wirklich liberaler Geist den Vorrang gewinnen, wenn ihr Bund fest sein soll. Der Bund der Landwirte ist wohl in der Gegenwart die am meisten verunglimpfteste politische Organisation. Die Gründe dafür sind bekannt. Der Hansabund, selbst wenn er sich so machtvoll wie nur möglich entwickelte, dürfte kaum in dieselbe Lage kommen. Zwar werden sich auch bei ihm Machtgelüste regen, aber sie könnten dem Staatswohl doch nur gefährlich werden, sofern ihm keine ebenbürtige Organisation gegenüberstünde. Doch das liegt noch in weiter Ferne, und wir können es zunächst darauf ankommen lassen. Gegenwärtig steht ihm noch der Bund der Landwirte gegenüber. Daneben wird er sich gegen die Sozialdemokraten zu wehren und außerdem noch mit gewissen Strömungen innerhalb des Kreises der Privatbeamten zu rechnen haben. Es ist also dafür gesorgt, daß die Bäume des Hansabundes nicht in den Himmel wachsen.

Aus solchen Erwägungen heraus können wir dem Hansabunde nur wünschen, daß er sehr bald eine politische Macht darstellen möge von derselben Bedeutung, der sich der Bund der Landwirte rühmen darf. Denn wenn wir auch den in der Tat alles Maß überschreitenden wirtschaftlichen Egoismus verdammen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die bösen Landjunker unter Führung der Konservativen eine politische Aufgabe gelöst haben, an der alle andern Parteien gescheitert sind — Zentrum ebenso wie Sozialdemokratie. Die Konservativen haben durch Vermittlung des Bundes der Landwirte den Bauernstand zur politischen Arbeit aufgerüttelt. Dank dem Bunde der Landwirte liest der Bauer ernste politische Tageszeitungen und folgt den Ereignissen der Tagespolitik mit einer Aufmerksamkeit, der wir beim Gros der städtischen Gewerbetreibenden und deren Angestellten nicht begegnen. Als ein indirektes Verdienst des Bundes der Landwirte dürfen wir auch das Erwachen politischen Lebens unter den deutschen Kolonisten in der Ostmark bezeichnen. Wenn der landwirtschaftliche Verband mit den Bauern zahlreiche an sich demokratische Elemente in das konservative Lager gezogen hat, so ist das nicht nur ein Zeichen für die konservativen Grundlagen im politischen Denken unsers Volks, sondern auch ein Beweis für die Tüchtigkeit der konservativen Schöpfer des Bundes. Aber es ist auch ein Beweis der Überlegenheit der heutigen konservativen Führer über die heutigen Führer des Liberalismus. Keine der liberalen Parteien hat es vermocht, im Bunde Einfluß zu gewinnen.

Der Bund der Landwirte ist die erste Organisation in der bürgerlichen Gesellschaft, die die Vorherrschaft materieller Interessen vor ideellen in der

Politik freimütig anerkannt hat, zu einer Zeit, wo die parlamentarischen Vertreter des Bürgertums, vor allen Dingen die Liberalen, den Idealismus hochhielten und die Vertretung materieller Interessen den einzelnen Korporationen im Lande überließen. Diese Politik der Liberalen war falsch; darum haben sie auch seit der Gründung des Reichs so an Bedeutung verloren und mußten die Führung den konservativen Bündlern überlassen. Denn die Vorherrschaft materieller Interessen wurde von ihnen noch übersehen oder bewußt abgeleugnet, als sie in der Entwicklung der Industrie, des Außenhandels, der Kolonialpolitik und der sozialen Fürsorge staatlich längst anerkannt war.

Freilich darf hierbei die Schuld der Liberalen nicht zu hoch bemessen werden. Denn unsre politische Entwicklung und mit ihr der parteiisch organisierte Liberalismus ist in politischer Beziehung der allgemeinen Landflucht und dem „Zuge nach Westen“ ebenso zum Opfer gefallen wie die Wirtschaft und die soziale Gestaltung der Gesellschaft. Die Liberalen sind auf diese Weise ungewollt mehr und mehr Vertreter städtischer Interessen geworden und werden seitens der agrarischen Bündler als der Landwirtschaft feindlich verdächtig. Natürlich mit Unrecht, aber das spielt keine Rolle. Tatsache ist, daß sich die Liberalen mit der steigenden Entwicklung unsers Handels und unsrer Industrie in steigendem Maße der politischen Bearbeitung der städtischen Gewerbetreibenden und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zugewandt haben, während sie die politische Bearbeitung des platten Landes vernachlässigten. Damit haben sie einen festen Boden verlassen und sich, wie die Wahlergebnisse lehren, höchst unsichere Bundesgenossen gewählt, die um so unsicherer sein mußten, da sie ohne Organisation blieben. Von allen liberalen Parteien haben nur die Nationalliberalen den Versuch gemacht, Einfluß auf dem platten Lande zu gewinnen. Doch sind sie damit nicht glücklich gewesen. In kritischen Augenblicken versagten ihre agrarischen Parteigenossen. Aber auch ihr städtischer Rückhalt wurde schwächer und schwächer. Die Kleingewerbetreibenden mußten entweder den Sozialdemokraten oder den Agrariern folgen, weil sie vielfach von ihnen in Abhängigkeit leben. Die Privatangestellten befinden sich im Stadium der Gärung, und es gibt viele tüchtige Männer unter ihnen, die mangels einer entsprechenden Organisation des Bürgertums aus Opposition gegen den bei uns entwickelten Kastengeist sozialdemokratische Stimmzettel abgeben. Die besten Elemente des Bürgertums werden angeekelt von dem Bonzentum, das sich gerade in den liberalen Parteien — in allen — breit macht und die Entwicklung junger energischer Kräfte in dem Maße, wie es bei den Konservativen und beim Zentrum möglich ist, nicht zuläßt. Daneben wuchsen im Alltagsleben die Anforderungen an Geist und Energie ständig, und ein Kaufmann, der seinen Platz behaupten will, findet kaum Zeit und Kraft für ernste nebenamtliche Beschäftigung in der Politik. Der Kaufmann und Industrielle, der den Tag über schwer geistig arbeitet, will sich des Abends unterhalten. In den Tageszeitungen fesseln ihn die Marktberichte, im übrigen verlangt er von seinem Blatt leichte Anregung. Unsre zu Wohlstand gelangten

städtischen Gewerbetreibenden sind aus diesen Verhältnissen heraus der fruchtbarste Nährboden für die unpolitische Sensationspresse geworden. Jeder einzelne Gewerbetreibende ist im übrigen durch die Art seiner Tätigkeit gewöhnt, seine Interessen durchaus egoistisch wahrzunehmen. Wo materielle Interessen einer ganzen Branche oder eines Bezirks in Frage kommen, werden sie wirksam vertreten in Handels- und Gewerbekammern, sowie in Verbänden und Vereinen, über die jeder Gewerbezweig in Deutschland verfügt. Wer noch politische Interessen hat, betätigt sich vorzugsweise in diesen Einrichtungen. In ihnen finden die tüchtigsten Köpfe und Arbeiter Verwendung als Leiter, Syndici, Direktoren usw.

Die liberalen Berufspolitiker und Publizisten haben diese Entwicklungsrichtung wohl erkannt, aber sie haben nicht den Mut gefunden, die Macht der Entwicklung öffentlich anzuerkennen und sich danach zu richten. Während die einen von ihnen sogenannten Menschheitsidealen nachjagten, liebäugelten andre mit den Agrariern und Sozialdemokraten oder mit einem Ministerportefeuille. Infolgedessen hat sich das politische Leben in unserm an sich tüchtigen Bürgertum in tausend Einzelkämpfe engherzigster Interessenpolitik aufgelöst, und die liberalen Parteianschauungen, in viele Grüppchen gespalten, sind gerade in den Kreisen in Mißkredit geraten, die ihre natürliche Pflegestätte sein sollten. Dementsprechend ist auch die Zusammensetzung unsers Reichstags. Sie steht in keinem richtigen Verhältnis zur geistigen Entwicklung des deutschen Volks. Seine besten politischen Kräfte sind außerhalb des Parlaments geblieben. Nur die Konservativen halten sich auf der Höhe der durch sie vertretenen Kreise. Wenn dem Niedergang des politischen Liberalismus überhaupt noch gesteuert werden kann, so ist der Augenblick dafür gekommen durch das Auftreten des Hansabundes. Eine Volksvertretung kann nur bestehen und sich in der Achtung der Gesellschaft erhalten, wenn sie fortgesetzt ihre Kräfte aus den besten Elementen der Gesellschaft schöpft. Der Teil einer Gesellschaft, der keine Kräfte für den politischen Kampf abzugeben hat, muß es sich gefallen lassen, daß er von einem solchen unterjocht wird, der über die notwendigen Kräfte verfügt. Hierin liegt das Geheimnis der Herrschaft des konservativen Agrariertums. Vom Hansabund erwartet die Nation die Aufrüttlung der städtischen Erwerbsstände zu politischem Leben, zur Abkehr von schwaghafter Mörgelei, zur weitfichtigeren Auffassung ihrer Erwerbsinteressen und zum tatkräftigen Handeln. Was der Bund der Landwirte mit dem deutschen Bauern getan hat, das soll der Hansabund mit den Hunderttausenden von Männern tun, die sich bisher in den Städten von jeder politischen Betätigung ferngehalten haben. Das ist die große nationale Aufgabe des Bundes, und wir sind überzeugt, daß ihm ihre Durchführung gelingen wird. Ob der alte deutsche Liberalismus dabei zu neuem Leben erwacht, wird vor allen Dingen Sache der nationalliberalen Partei sein. Ihr fünfzigjähriger Geburtstag steht vor der Tür, möge er nicht ein Tag des Weihrauchstreuens, sondern ein Tag innerer Läuterung werden!

Wie notwendig es ist, daß endlich Handel und Industrie und damit das Bürgertum mit seiner ganzen Autorität in die politische Arena eintritt, zeigt nicht nur der beschämende Verlauf der Reichsfinanzreform. Auch die Zusammensetzung der Immediatkommission zur Reform der preussischen Verwaltung lenkt unsre Gedanken in jene Richtung. Wir begrüßen die Einberufung der Kommission mit einem lachenden und einem tränenden Auge. Sie ist uns das erfreuliche Zeichen für die Lebensenergie und Tatkraft des Königs und seiner obersten Berater. Es gehört in der That ein außerordentliches Kraftbewußtsein dazu, grundlegende Veränderungen in der Staatsverwaltung von sich aus vorzunehmen, die manche erprobte Einrichtung beseitigen sollen. Es gehört ein großes Vertrauen in die Tüchtigkeit der gesamten Beamtenschaft und besonders in die der ältern dazu, wenn man ihre zur Gewohnheit gewordne Tätigkeit glaubt ohne Gefahr für das Ganze in neue Bahnen lenken zu können. Diese Zuversicht ist es, die uns mit freudigem Stolz erfüllt. „Der Meister kann die Form zerbrechen, mit weiser Hand zur rechten Zeit!“ Nun sollten wir es eigentlich dem Meister auch nicht verargen, wenn er die alte Form mit den weissen, längst erprobten Händen zerbrechen will, mit denselben Händen, die, durch keinerlei Nebeninteressen beirrt, immer die Festigkeit des Staatsbaues über alle sonstigen Forderungen der Politik gestellt haben. Aus der ganzen Tradition des preussischen Staates heraus und bestärkt durch die vorher gekennzeichnete Entwicklung im letzten Menschenalter ergibt sich, daß die Reform notwendigerweise in die Hände des politisch tätigen Junkertums gelegt werden mußte, nicht in die Hände der Kreise, die sich ängstlich von jeder öffentlichen politischen Betätigung zurückgehalten haben. Die Tatsache ist vielleicht bedauerlich, aber sicher nicht die Schuld einer Regierung, die reformieren und nicht experimentieren soll. Immerhin wäre es sehr erwünscht, wenn neben den bisher ernannten Mitgliedern und unbeschadet des Übergewichts von erprobten Beamten noch einige Vertreter von Handels- und Gewerbekammern sowie der mittlern Industrieunternehmungen Eingang in die Kommission fänden. Bei der außerordentlichen Entwicklung, die Handel und Industrie nun einmal genommen haben, könnten die Arbeiten der Kommission dadurch nur gewinnen. Die Bedenken, die einige Blätter der Linken im übrigen gegen die Zusammensetzung der Kommission vorgetragen haben, scheinen uns nicht stichhaltig. Was dagegen beunruhigen kann, ist die Geheimhaltung des vom Minister des Innern ausgearbeiteten Reformentwurfs. Bisher sind nur Bruchstücke in die Öffentlichkeit gelangt, von denen man nicht weiß, wie weit sie den Tatsachen entsprechen. Verfolgt die Regierung, wie ihr untergeschoben wird, wirklich reaktionäre Ziele, so würde sie die Geheimhaltung vor heftigen und berechtigten Angriffen nicht bewahren, aber der Unmut würde sich Bahn brechen auf dem Gebiete von weit heiklern Fragen, die gerade deshalb immer häufiger in Preußen aufgeworfen werden, weil die Verwaltung unmodern ist. Wir sind überzeugt, daß zum Beispiel die Wahlrechtsfrage in Preußen die

Köpfe weit weniger beschäftigen würde, wenn ein den modernen Verhältnissen angepaßter Verwaltungsapparat vorhanden wäre. Man beseitige die Ursachen für die gegenwärtig geradezu unvermeidlichen Reibungen, und der Ruf nach dem Parlamentarismus wird an Bedeutung verlieren. Eine gründliche Beseitigung ist aber nur möglich unter Mitwirkung der Gesellschaft. War der Weg, eine besondere Immediatkommission zu schaffen, angezeigt — viele praktische Erwägungen sprechen dafür —, so sollte die Öffentlichkeit wenigstens wissen, in welcher Richtung die Reform gedacht ist. Gestützt auf amtliches Material könnte sich in der Presse eine sachliche Erörterung über die zur Verhandlung stehenden Fragen entspinnen, und der Kommission würde manche Anregung zuteil, die bei der Geheimhaltung ausbleiben muß. Die Geheimhaltung liefert überdies allen denen Stoff zur Brunnenvergiftung, die der preussischen Regierung grundsätzlich feindlich gegenüberstehen, ohne daß die befreundete Presse für sie in geeigneter Weise und ohne das Gängelband der Offiziösen eintreten könnte. Die sachliche Erörterung ernster Fragen verringert den Raum, der sonst für häßliche Sensation zur Verfügung steht.

Wir stehen im Zeichen des Kampfes, und die Regierung sollte sich und ihren Freunden die Bedingungen des Kampfes nicht von vornherein erschweren. Im übrigen freuen wir uns des Kampfes; denn nur im Kampf werden alle sittlichen Kräfte der Nation lebendig und kräftig erhalten. Die Politik verdirbt nicht den Charakter, sondern sie stählt ihn wie jede andre ernste Arbeit.

In diesem Zusammenhange betrachtet ist die innerpolitische Lage Preußens und des Reiches trotz der Finanzmisere vor allen Dingen deshalb erfreulich, weil uns die Zeit wieder vor große Aufgaben gestellt hat. Der geschätzte Führer der Nationalliberalen, Abgeordneter Bassermann, hat durchaus die Meinung der Besten im Lande ausgesprochen, als er darauf hinwies, daß er sich vor einer Auflösung des Reichstags nicht fürchte. Auch Fürst Bülow sollte davor nicht zurückschrecken. Denn der heutige Reichstag entspricht weder dem Bedürfnis noch der Stimmung der Nation. In ihm sind nur zwei große Volksschichten geschlossen vertreten: Landwirte und Fabrikarbeiter. Die geistig und wirtschaftlich bedeutendste Schicht fehlt dagegen. Sie ist erst jetzt im Kampf um die Finanzreform zu sich gekommen und steht heute zusammen mit allen national gesinnten Kreisen hinter den Leitern der Regierung, die die Not des Landes richtig erkennt und danach handelt. Die Rede des Fürsten Bülow hat überall den stärksten Widerhall geweckt — wollte er das Sturmbanner erheben, die Mehrheit der Nation stünde hinter ihm!

Das Vertrauen in die Politik des Reichskanzlers ist gegenwärtig um so größer, als ihm auch sein auswärtiges Ressort einige Ruhmesblätter gepflückt hat. Die deutsche auswärtige Politik hat sich bewährt. Klug und unbeirrt hat unsre Diplomatie ihre Kräfte zusammengehalten und in unwichtigen Fragen nachgegeben, um in den großen Fragen, als es die deutsche Ehre galt, nicht vom Fleck zu weichen. Angesichts ihrer Haltung wagte niemand den Frieden

zu stören, und die „gewaltige“ englische Koalition verschwand hinter einem Häufchen Zeitungspapier. Unsere Diplomatie hat sich als gut unterrichtet erwiesen, ihrer würdevollen Haltung dankt Deutschland und mit ihm ganz Europa den Frieden. Aber das deutsche Volk dankt ihr auch das erhebende Bewußtsein, nach außen hin stark genug zu sein, um im Innern einen tiefgehenden Reinigungsprozeß durchmachen zu können.

Berlin, den 27. Juni 1909

G. C. I.



Zur Schicksalsstunde des ehemaligen Königreichs Hannover

Von G. v. Bismarck

1



Als König Georg von Hannover im Jahre 1866 den Entschluß faßte, die preussischen Vorschläge schroff zurückweisen zu lassen, hoffte er auf Österreich und — auf Frankreich. Auch nachdem er sein Land verloren hatte, setzte er seine Hoffnung auf das Ausland. So schreibt er in dem letzten seiner sieben Briefe, dem vom 13. Juni 1869, an seinen in Paris lebenden Agenten Meding:*) „Da ich nur das eine Ziel mit der strengsten Konsequenz und nie ermattender Energie verfolge, unter Gottes gnädigem Beistand und Segen ein großes und mächtiges Welfenreich wiederherzustellen und meinen Thron wieder aufzurichten, sowie von den teuern Meinigen umgeben als König in alter Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu meinem teuern und so beispiellos treuen Volke heimzukehren, überdies auch mit des Allmächtigen Hilfe meinen Thron und mein Reich mit eignen Waffen als Verbündeter Frankreichs und Österreichs mir wieder zu erobern.“ Die Ereignisse der Jahre 1870/71 haben diesen Zielen alle Voraussetzungen abgeschnitten. Der blinde Monarch jedoch war und blieb das Opfer welfischer Starrköpfigkeit, romantischer Auffassungen und gänzlich unzulänglicher Ratgeber.

Nun befand sich König Georg in der Lage, an seinem Hoflager einen Gesandten Preussens beglaubigt zu sehen, dem unbedingt Vertrauen zu schenken er wohl alle Ursache gehabt hätte; auch dann noch, als die durch eigne und seiner Berater Schuld schon aufs Äußerste gespannten Beziehungen mit dem mächtigen Nachbarstaate den Bruch fast unvermeidlich erscheinen ließen. Dieser preussische Gesandte, der Prinz Gustav Hsenburg-Büdingen, hatte es sich stets

*) Veröffentlicht in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. und 4. November 1874, abgedruckt bei Regibi, Band III, Nr. 10225.